

Vorlage Nr.: 2024/1074/1

Eingang: 15.11.2024

Beitritt zum Bündnis für Demokratie und Menschenrechte - Demokratie stärken Ergänzungsantrag: Die Linke

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	19.11.2024	25.1	Ö	Entscheidung
Haupt- und Finanzausschuss	03.12.2024	5	Ö	Beratung

1. Die Stadt Karlsruhe überprüft die Fachstelle für Demokratie und Vielfalt hinsichtlich der Stellenbeschreibung, der Bedarfe und damit auch im Hinblick auf eine mögliche Aufstockung im Stundensatz bzw. durch Schaffung einer weiteren Stelle.
2. Die Stadt Karlsruhe prüft, inwieweit Aufgaben, die bisher vom regionalen Demokratiezentrum übernommen wurden, in Zukunft anderweitig aufgefangen werden können, z.B. durch eine Aufstockung der Fachstelle für Demokratie und Vielfalt – oder durch (andere) Fördergelder von Land und Bund.

Begründung:

Die Zahl rechter Straf- und Gewalttaten stieg 2023 im Vergleich zum Jahr 2022 (20.967) deutlich um 22,4% auf 25.660 (vgl. https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html).

Dabei nehmen politisch motivierte Straftaten gerade im Bereich Antisemitismus, Islamfeindlichkeit aber auch gegen queere Menschen stark zu (vgl. <https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2023/PMKZahlen2023.html>)

Tabelle 11: Entwicklung der politisch motivierten Straftaten im Oberthemenfeld „Hasskriminalität“ im Vergleich des Berichtszeitraums zum Vorjahr (2023 zu 2022)

Themenfeld	Delikte 2023	Delikte 2022	Veränderung in %
Antisemitisch	5.164	2.641	+95,53 % ↑
Antiziganistisch	171	145	+17,93 % ↑
Ausländerfeindlich	6.978	5.372	+29,90 % ↑
Behinderung	114	88	+29,55 % ↑
Christenfeindlich	277	135	+105,19 % ↑
Deutschfeindlich	344	340	+1,18 % ↑
Frauenfeindlich	322	206	+56,31 % ↑
Fremdenfeindlich	15.087	10.038	+50,30 % ↑
Geschlechtsbezogene Diversität	854	417	+104,80 % ↑
Gesellschaftlicher Status	167	149	+12,08 % ↑
Hasskriminalität	22	195	-88,72 % ↓
Islamfeindlich	1.464	610	+140,00 % ↑
Männerfeindlich	13	15	-13,33 % ↓
Rassismus	3.786	3.180	+19,06 % ↑
Sexuelle Orientierung	1.499	1.005	+49,15 % ↑
Sonstige ethnische Zugehörigkeit	52	98	-46,94 % ↓
Sonstige Religion	74	35	+111,43 % ↑
Gesamt	17.007	11.520	+47,63 % ↑

(BKA: Bundesweite Fallzahlen 2023. Politische Kriminalität, Fact Sheet 21.05.2024, S. 11)

Neben einer konsequenten Sozialpolitik durch die z.B. berechnigte Ängste vor Wohnungslosigkeit und Armut insgesamt angegangen werden müssen, sollten dringend Strukturen gestärkt werden, die sich gegen Rechts und gegen Hass und Hetze engagieren.

Ein Beispiel ist die Fachstelle für Demokratie und Vielfalt. „[Sie] initiiert und koordiniert innerhalb des stja Veranstaltungen, Projekte und Bildungsangebote zu den Themen extreme Rechte, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und zum historischen Nationalsozialismus“ (<https://stja.de/themen/fachstelle-fuer-demokratie-und-vielfalt/>) und leistet damit einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Rechts und für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Durch eine Aufstockung der Stelle können Kapazitäten in die Entwicklung und Umsetzung neuer bildungspolitischer Angebote für Jung und Alt investiert werden.

Ebenfalls beim stja angesiedelt ist das regionale Demokratiezentrum Karlsruhe-Stadt, das vom Land finanziert wurde, dessen Förderzeitraum jedoch 2025 ausläuft. Stattdessen sollen mobile Teams gefördert werden, die auf Anfrage zur Beratung kommen. Auch wenn wir eine Verstärkung des Beratungsangebots wichtig finden, brechen so Ressourcen und Strukturen weg, die angesichts der Zunahme rechten Gedankenguts und Gewalt dringend gebraucht werden. Diese Strukturen gilt es zu erhalten.

Beide Maßnahmen sind konkrete Schritte, wie eine „deutlich wahrnehmbare Positionierung aller Bündnispartner*innen auf allen Ebenen im Hinblick auf Demokratiestärkung und auf den sozialen

Zusammenhalt“, die als Grundlage des Beitritts zum Bündnis für Demokratie und Menschenrechte gilt, aussehen kann.

Unterzeichnet von:
Franziska Buresch
Anne Berghoff
Christina Zacharias